an nicht unterstellte Staatsorgane, an Betriebe und Einrichtungen sowie an gesellschaftliche Organisationen schriftliche *Empfehlungen* zu geben. Die Empfehlungen sollen anregen, erforderliche Maßnahmen im jeweiligen Verantwortungsbereich zur Festigung der Gesetzlichkeit, zur Beseitigung von Ursachen und Bedingungen von Rechtsverletzungen zu treffen. Innerhalb von zwei Wochen haben die Adressaten zu diesen Empfehlungen Stellung zu nehmen.

Im Interesse der Verhütung künftiger Ordnungswidrigkeiten ist es erforderlich, daß die zentralen Organe des Staatsapparates und die örtlichen Räte die Ordnungsstrafverfahren regelmäßig auswerten. Dazu empfehlen sich Berichterstattungen vor örtlichen Volksvertretungen und ihren Kommissionen über Schwerpunkte von Ordnungswidrigkeiten im jeweiligen Territorium, die Information der Arbeitskollektive von Rechtsverletzern, in begründeten Fällen auch die öffentliche Auswertung von Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten. Von großer Bedeutung ist auch, den Kampf gegen Ordnungswidrigkeiten in die Bewegung „Für vorbildliche Ordnung und Sicherheit“ einzubeziehen.

Außer einem Ordnungsstrafverfahren sind nach dem OWG zur Verwirklichung ordnungsrechtlicher Verantwortlichkeit auch *andere Verfahren* zulässig:

das vereinfachte Verfahren, in dem bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten gemäß § 28 OWG Verwarnungen mit Ordnungsgeld ausgesprochen werden oder Eintragungen über Verletzungen ordnungsrechtlicher Pflichten in Dokumente des Bürgers oder Vorladungen zum Zwecke der Unterweisung über solche Pflichten erfolgen (vgl. Abb. 12);

die Durchführung kollektiver Beratung und Entscheidung im Verantwortungsbereich der örtlichen Räte gemäß §§ 29 und 30 OWG (diese Form wird in der Praxis allerdings kaum angewandt);

die Übergabe an Konflikt- oder Schiedskommissionen. Mit der Übergabe an gesellschaftliche Gerichte und mit der Beratung und Entscheidung der Konflikt- oder Schiedskommissionen über diese Ordnungswidrigkeiten werden gesellschaftliche Aktivitäten zur Gewährleistung von Gesetzlichkeit, Ordnung, Disziplin und Sicherheit in den Kombinat, Betrieben, Städten und Gemeinden gefördert

(§ 3 Abs. 1 GGG). Die Entscheidung über die Übergabe an ein gesellschaftliches Gericht trifft der Ordnungsstrafbefugte, wobei bestimmte Voraussetzungen gegeben sein müssen (vgl. Abb. 11). Sowohl die Konflikt- als auch die Schiedskommission⁴ kann bis zum Abschluß der Beratung den Vorgang an den übergebenden Ordnungsstrafbefugten zurückgeben, wenn die Übergabe Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Auf der Grundlage von Übergabeentscheidungen berät und entscheidet die *Konfliktkommission* über Ordnungswidrigkeiten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tätigkeit der Werktätigen im Betrieb stehen und Verstöße gegen Rechtsvorschriften des Arbeits-, Gesundheits-, Brand- und Umweltschutzes sowie gegen Preisbestimmungen betreffen (§ 41 Abs. 1 Konfliktkommissionsordnung). Die *Schiedskommission* berät und entscheidet über Ordnungswidrigkeiten, die das sozialistische Gemeinschaftsleben in der Stadt oder Gemeinde beeinträchtigen und Verstöße gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit, gegen staatliche und wirtschaftsleitende Maßnahmen im örtlichen Bereich, gegen Rechtsvorschriften des Arbeits-, Gesundheits-, Brand- und Umweltschutzes sowie gegen Preisbestimmungen darstellen (§ 39 Abs. 1 Schiedskommissionsordnung).

Nimmt sich eine Konflikt- oder Schiedskommission einer ihr übergebenen Ordnungswidrigkeit an, so sind für die Beratung und Entscheidung nicht mehr das OWG und das zulässige Strafmaß der verletzten Ordnungsstrafbestimmung anzuwenden, sondern die Rechtsvorschriften, die für die Tätigkeit der Konflikt- bzw. Schiedskommissionen gelten. Das sind insbesondere die Konfliktkommissionsordnung und die Schiedskommissionsordnung. Die darin (§ 43 bzw. § 41) geregelten Erziehungsmaßnahmen gegenüber Rechtsverletzern entsprechen der Funktion dieser Kommissionen und unterscheiden sich wesentlich von den Ordnungsstrafmaßnahmen des OWG.

Die zulässigen Ordnungsstrafmaßnahmen Ordnungsstrafmaßnahmen, die in Rechtsvorschriften nach § 5 OWG festgelegt werden können und demgemäß auch geregelt wurden, sind der Verweis und die Ordnungsstrafe von 10 bis 500 Mark. Eine Ordnungsstrafe bis zu 1000 Mark ist möglich, wenn durch eine vorsätzliche Ordnungswidrigkeit ein größerer